Mit dem starken Willen, den Kampf um den Sozialismus zu fördern und zu unterstützen, trat ich der SAJ bei. Nach 4½jähriger Mitgliedschaft das Fazit und die Erkenntnis, 4½ Jahre umsonst gekämpft zu haben, 4½ Jahre umsonst die Opfer gebracht zu haben. So bedauerlich die Tatsache ist, aber sie ist unumstößlich.

Untersuchen wir die Versprechen und Taten etwas genauer. Ich will die letzten politischen Geschehnisse noch einmal Revue passieren lassen. 1928 rief man uns zur Wahl. Diese brachte der SPD einen Gewinn von 30 Mandaten. Auf Grund dieses Gewinnes glaubte man, da die SPD ja staatsbejahend ist, man muß die Verantwortung für die Regierung übernehmen, um so die Interessen der Arbeiterschaft besser wahrnehmen zu können. Und der Erfolg der 2½jährigen Regierungstätigkeit? Für Panzerkreuzer, gegen die Kinderspeisung, für Abbau der Erwerbslosenfürsorge, gegen Invalidenversicherung, für hohe Zölle, gegen die Sozialversicherung, das war das Arbeitsprogramm der angeblich von Sozialisten beeinflußten Regierung. Als die Sozialdemokraten ihren Dienst für das Kapital erfüllt hatten, warf man die SPD aus der Regierung. Man hatte zuvor hinter den Kulissen gearbeitet und den Hinauswurf aus der Regierung vorbereitet. In der Regierung konnte man die Sozialdemokratie nicht mehr gebrauchen, die Massen der Partei begannen zu rebellieren, nun mimte man wieder Opposition. Die Regierung Brüning, die die Regierung Müller ablöste, hatte formell keine Mehrheit, mehr und regierte mit dem § 48. Als sich das der Reichstag nicht gefallen ließ, löste man ihn auf. Ein kleiner Beweis dafür, daß die Bourgeoisie die Demokratie und ihre Einrichtungen so lange gebraucht, so lange der Profit nicht gefährdet ist, geht aber die Arbeiterschaft zur Offensive über, dann seht man die Demokratie außer Kraft.

Es kam die Wahl vom 14. September. Der Verlust der SPD und der Sieg der Nazis. Weiter wirkte sich die Koalitionspolitik auf die Massen aus. Durch immer wieder Preisgeben von Forderungen in der Regierung wurden die Massen mißmutig, sie verloren den Glauben an den Marxismus und liefen in Massen zum Hakenkreuz, um dort ihr Heil zu finden. Dieser 14. September brachte die Sozialdemokratie in eine heikle Situation. Von ihrer Stellungnahme hing es ab, ob die als Wahlforderung propagierte Aufhebung der Notverordnung erfolgte. Die Regierung Brüning erklärt, sie tritt zurück, wenn die Notverordnung aufgehoben würde. Die Sozialdemokratie glaubte durch ein Stützen der Regierung die Faschisten vom Staatsapparat fernhalten zu können, und so wurde mit ihrer Hilfe das Proletariat ungeheuer finanziell belastet. Das Stützen der Regierung brachte eine ungeheure Erregung in die Mitgliedschaft der Partei. Die Reichstagsfraktion erkannte richtig, daß eine Neuwahl für die Partei eine Katastrophe wird und leitete den Kurs der Tolerierung der Regierung Brüning fort. Anstatt eine konsequente Klassenpolitik zu treiben, wurde ihre Aktionsfähigkeit für das Proletariat noch gehemmt, weil sie immer mehr in das Schlepptau der Regierung Brüning kam. Legte die Regierung eine Forderung vor, dann entdeckte man das diese Forderung das „kleinere Uebel" gegenüber den Faschisten sei und man verriet die berechtigten Forderungen des Proletariats immer mehr. Man schluckte bedingungslos, was die Regierung verlangte. Ja, man will diesem Kurs die Krone aufsetzen und die Annahme des Panzerkreuzers ermöglichen. In der Fraktionssitzung vom 18. 3. hat man beschlossen, sich bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer der Stimme zu enthalten, was praktisch die Annahme der zwei Raten für die Panzerkreuzer A und B bedeutete. Die Sozialdemokratie versucht die Massen mit dem Versprechen, bei Annahme des Panzerkreuzers kommt die Regierung in der Frage der Sozialpolitik entgegen, diesen neuen Verrat zu entschuldigen.

Wie liegen aber die Dinge? Die Regierung hat trotz wochenlangen Kuhhandels eine Erklärung, die Sozialversicherung nicht abzubauen, verweigert. Selbst der Sozialdemokratische Pressedienst stellt fest:

„Die in den letzten Tagen gepflogenen Besprechungen mit der Regierung hätten bisher nur ein geringes positives Ergebnis."

Sendewitz schreibt am 19. 3. im Sächsischen Volksblatt:

„Das Ergebnis der gestern zum Abschluß gebrachten Verhandlungen ist, daß die Regierung auf Bewilligung der Panzerkreuzer besteht und weder auf sozialpolitischem noch auf kreuzpolitischem Gebiet irgendwelche Konzession macht. Und doch bringt es die Reichstagsfraktion fertig, die Panzerkreuzer zu ermöglichen. In dem vor Wahl 1928 herausgegebenen Referentenmaterial steht auf Seite 14: „Noch ist es also Zeit, zu verhindern, daß solche Riesenbeträge für militärische Zwecke verausgabt werden, während für soziale Zwecke kein Geld vorhanden ist. Die Sozialdemokraten fordern, daß auch bei den Heeresausgaben Rücksicht auf die Not der breiten Massen genommen wird. Erst Brot, dann Kriegsschiffe."

Damals gab es 1 500 000 Erwerbslose, heute gibt es 5 Millionen Erwerbslose. Der Schrei nach Brot klingt heute noch lauter und trotzdem gibt sich eine „Arbeiterpartei" dazu her, die erhöhten Mehrausgaben für Reichswehr und Panzerkreuzer und die Verschlechterung der Sozialpolitik zu unterstützen. Wie ist das möglich, daß die Massen nicht davon laufen?

Noch versteht es die „linke" SPD unter Führung von Sendewitz, die Massen, trotzdem sie gegen die Politik rebellieren, zu halten durch Versprechen eines Sendewitz, die, prüft man sie genauer, nie in die Tat umgesetzt werden. Ich erinnere bloß an die Stellungnahme von Sendewitz zum Wehrproblem, welches 1928 die Partei durchtobte. Damals konnte Sendewitz die Töne nicht radikal genug schwingen. In einem Artikel im Klassenkampf schrieb er:

„Warum die Reichswehr? Ich bin gegen die Reichswehr. Wer gegen den Krieg ist, braucht keine militärischen Rüstungen." Beobachtet nur die Stellung von Sendewitz zum Wehrproblem, da werdet ihr feststellen können, daß der „linke" Sendewitz dieselbe Politik des rechten Schöpflin durchführt. Man könnte die Beispiele des Sendewitz in entscheidenden Momenten andere Stellungen einzunehmen, wie die, welche er vorher vertreten, beliebig vermehren.

In der 4½jährigen Mitgliedschaft bin ich nun zur Erkenntnis gekommen, daß trotz der „linken" SPD die Forderungen der Arbeiterschaft im entscheidenden Moment nie konsequent vertreten werden. Wollt ihr verhindern, daß man euren ehrlichen Willen zum Kampf für den Sozialismus noch weiter schnöde mißbraucht, dann schließt euch der Organisation an, die die Klasseninteressen des Proletariats konsequent vertritt. Tretet bei dem KJVD und der KPD! Die Parole: Wo bleibt der zweite Mann? muß ergänzt werden: "Zur KPD rückt er heran!"

Rote Siege in Oberschlesien

Die Betriebsrätewahlen in Oberschlesien sind abgeschlossen. Als letzte Resultate liegen vor: Königin-Luise-Grube: Abgegebene Stimmen 5169 (5592). RGO: 2822 (2794), DBV: 706 (1165), Christen: 781 (1121), Nazis: 417 (—), Werkverein: 253 (312), Liste der Unorganisierten (Faschisten): 190 (—). Hohenzollerngrube: Die Belegschaft ist seit vorigem Jahr um einige Hundert gestiegen. Abgegebene Stimmen 2611 (2824). RGO: 1065 (815), DBV: 611 (912), Christen: 530 (548), Nazis: 306 (Werkverein 139). Julius-Borsig-Hütte: Belegschaftsstärke 1550

Arbeiterkorrespondenten

diskutiert im Betrieb und auf den Stempelstellen und schreibt uns darüber als Antwort auf unsere Rundfrage .. unseres Preisausschreibens „Wie schmiedest du die rote Einheitsfront?"

Volkszeitung reaktionär wie Vorwärts

Resolution der Breslauer SPD-Funktionäre / Zuschrift der aus der SPD ausgetretenen Ortsgruppe Heinsberg an „Rote Fahne"

Das Dresdner angebliche „linke" SPD-Blatt von gestern bringt den Artikel-48-Ukas gegen die Volksfreiheit ja nicht auf der ersten Seite (da wird versucht, durch einen Bericht über Briands Stellung zur Zollunion die Arbeiter von der heute entscheidenden Frage der verschärften Durchführung der faschistischen Diktatur abzulenken), sondern auf der zweiten Seite unter dem Titel: **„Kampf dem Rowdytum. Neue Abwehrmaßnahmen des Reichspräsidenten."**

Und das wagt sich „Organ für das werktätige Volk" und Arbeiterblatt zu nennen! Im Kommentar schreibt das saubere „linke" Polizeisozialistenblatt:

„Was der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung verordnet hat, sind Maßnahmen gegen das politische Verbrechertum und Rowdytum zum Schutze aller anständigen Menschen. Diesen Sinn der Verordnung nicht verfälschen zu lassen, ist Pflicht der Reichsregierung. (!) Die Ausführung liegt in den Händen der Landesbehörden. Dort haben wir unseren Einfluß noch Kräften geltend zu machen. (!)"

Ein „anständiger Mensch" ist bei den SPD-Bonzen jeder, der, wie die Bonzen selber von 1000 Mark an monatlich verdient. Der Appell an die Reichsregierung, an die Brüning-Diktatur kennzeichnet die Sozialfaschisten Weckel, Edel und Co. und ihr Organ. Denn „Einfluß" auf die Landesregierung Sachsens hat die SPD so geltend gemacht, daß sie bereits Freitag Demonstrationsverbote für ganz Sachsen verhängt hat!

Heraus mit dem SPD-Blatt aus den Wohnungen der Arbeiter und der Werktätigen! **Abonniert die „Arbeiterstimme"!**

Die wachsende Rebellion der SPD-Arbeiter und die Krise der SPD wird gekennzeichnet durch eine Resolution Breslauer SPD-Funktionäre, die zugleich beweist, wie schwer und kompliziert es für die „linken" Führer um Ziegler-Seydewitz ist, die Arbeiter bei der SPD-Stange zu halten. In der Resolution heißt es:

Sie (die Funktionäre) konstatieren, daß die Tolerierung der Regierung Brüning nicht zur Rettung der Demokratie geführt hat, sondern nur die Ausschaltung von Verfassung und Parlamenten zur Folge hatte. Sie sehen sich deshalb veranlaßt, der Partei- und Fraktionsführung das Vertrauen zu entziehen und fordern vom Parteitag Richtlinien für die Reichstagsfraktion, die der klassenpolitischen Zielsetzung der Partei entsprechen.

Der Reichsparteitag der SPD wird die sozialdemokratischen Arbeiter, die ihre Hoffnung auf ihn setzen, schwer enttäuschen, denn dieser Parteitag wird beherrscht werden von dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, dem Breslauer Funktionärkorps ein Mißtrauensvotum ausgestellt haben. Wahrscheinlich wird man den „Linken" gestatten, einige radikale Phrasen zu dreschen, im übrigen aber dem Parteivorstand das Vertrauen aussprechen. Deshalb, sozialdemokratische Arbeiter, Schluß mit diesen Illusionen!

Die Rote Fahne veröffentlicht heute die ihr zugegangene Zuschrift der bisherigen SPD Ortsgruppe Heinsberg (wir drucken sie gestern im Wortlaut), **die geschlossen aus der SPD ausgetreten ist.**

Doktor Goebbeles, wie steht's damit?

Der Inspirator der braunen Banden, der Mercedesautobesitzer Herr Dr. Goebbels, gibt heute ein Gastspiel im Dresdner Ausstellungspalast. Herr Goebbels glaubt, die richtige Zeit dafür herausgesucht zu haben; denn die Diktaturverordnung des Brüning-Kabinetts droht ja mit schärfstem Terror den Arbeitern, die sich gegen den Faschismus zur Wehr setzen. Es ist Herrn Dr. Goebbels ja auch lieber, im Reiche umherzufahren, da das rote Berlin ihn bereits vor Monaten nach Hause geschickt hat, und so sucht er sich mit Vorliebe diejenigen Bezirke als Betätigungsfeld, in denen erst die einzige revolutionäre antifaschistische und antikapitalistische Partei im Kampfe um die Führung der Massen steht, und noch nicht, wie in Berlin, diese Führung bereits erobert hat. Herr Dr. Goebbels wird heute im Ausstellungspalast sehr viel reden und wohl auch so radikal wie möglich. Um so nötiger erscheint uns diesmal, Herrn Goebbels die Fragen vorzulegen, die ihm vor und nach seiner Niederlage in Friedrichshain von den Berliner Kommunisten unter die Nase gehalten wurden, auf die der Mann mit der mittelmeerländischen Abstammung bis heute die Antwort schuldig blieb. Herr Goebbels und seine Fraktion haben versucht, sich vor weiteren unangenehmen Stellungnahmen im Parlament durch den Auszug zu drücken. Die braunen Banden konzentrieren dafür ihre Kräfte auf die Organisierung von Arbeitermorden. Das aber, was vor diesem Auszug geschah und was die Nazis so gern vergessen lassen möchten, soll und darf nicht vergessen werden. Die klassenbewußten Arbeiter denken nicht daran, Herrn Goebbels diese Taktik zu erleichtern. Herr Goebbels, heraus mit der Sprache!

Ist es wahr oder nicht wahr, daß Ihre Vertreter im Auswärtigen Ausschuß bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Younganzahlungen sich der Stimme enthalten haben? Ja oder nein?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß Ihre Reichstagsfraktion gegen die Besteuerung der Millionäre gestimmt hat?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß Ihre Reichstagsfraktion am 22. Januar mit allen übrigen Kapitalsparteien 7 Millionen für die Subventionierung des Mansfeld-Konzerns, d. h. für den hundertfachen (nebenbei auch jüdischen) Millionär Otto Wolff bewilligt hat?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß die Reichstagsfraktion der NSDAP bei allen vor ihrem Auszug stattgefundenen Abstimmungen allen Hungerzöllen zugestimmt hat, die die Lebenshaltung der Werktätigen aufs schändlichste herabdrücken?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß Sie und Ihre Fraktion im Reichstag gegen die Besteuerung der Millionäre gestimmt haben?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß die NSDAP noch keinen einzigen Kapitalisten Widerstand gegen seine schamlose Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten entgegengesetzt hat, daß aber sämtliche Nazizellen in den Betrieben sich als Unternehmerspitzel und Denunzianten gegen die revolutionären Arbeiter und die RGO betätigen?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß noch kein einziger Kapitalist von Nazis angegriffen, dafür aber im politischen Kampf gegen den Kapitalismus und die Youngsklaverei führend beteiligte revolutionäre Arbeiter überfallen und ermordet worden sind?

Ist es wahr oder nicht wahr, daß sich unter den Geldgebern der NSDAP eine große Zahl führender Millionäre und Kapitalisten befinden und daß denen auf Grund ihrer Geldzuwendungen besonders zuverlässige Mitglieder der NSDAP auf Wunsch vermittelt werden?

Diese kleine Blütenlese von Fragen enthält nur einige der Verbrechen, für die die gesamte Arbeiterschaft mit den nationalsozialistischen Führern abrechnen wird. Der Kampf gegen den Faschismus ist durch die Diktaturverordnung Brünings in ein neues Stadium getreten. Die Nazibanden irren sich aber, wenn sie glauben, die Kraft der Arbeiterschaft und ihr Kampf um Recht und Freiheit würde durch Demagogie, Terror und Dekrete gebrochen werden können.

„Gute Zeiten für Nazistrolche"

... auf den Krücken der SPD

„Gute Zeiten für Nazistrolche", so überschreibt gestern das SPD-Blatt zwei Meldungen über die traditionelle Milde der deutschen Klassenjustiz gegenüber den Banden des Herrn Hitler. So wurde ein Nazistudent und seine Kumpane, die einen Straßenbahnführer mit Gewalt vom Wagen gerissen und den Transport bewußt gefährdet hatten, zu Strafen von 3 bis 4 Monate Gefängnis verurteilt. Nicht genug damit; in der Berufungsverhandlung wurde das Urteil auf rund 2 Monate herabgesetzt. Dabei ist der angegriffene Straßenbahner durch den gemeinen Ueberfall lebenslänglich zum Krüppel gemacht worden. Ein Nazi-Wanderredner, der die Worte „Schmutz- und Saurepublik" gebraucht hatte, erhielt unter Zubilligung mildernder Umstände — 8 Tage Gefängnis.

Die Volkszeitung jammert hierzu: Wenn nur allen linksgerichteten und republikanischen Angeklagten für ihre politische Ueberzeugung auch immer die „mildernden Umstände nicht versagt würden! Das SPD-Blatt „vergißt" hinzuzufügen, daß alle diese konterrevolutionären Institutionen, die „im Namen des Volkes" auftreten, nur erhalten und zu Positionen der Reaktion ausgebaut werden konnten durch die Politik der SPD-Führer, die in den entscheidenden Tagen für die Bourgeoisie in die Breche sprangen, die ihren Staat erhielten und erhalten und die gerade in den letzten Tagen des Reichstages ebenso wie mit ihrer Haltung zur Diktaturverordnung zeigen, daß sie sich eins fühlen mit der Bourgeoisie.

Gerade ihre offene Billigung des legalisierten faschistischen Vorstoßes der Brüningdiktatur muß ja geradezu die braunen Mordbanden ermuntern. Die Nazis wissen, daß Sozialdemokraten an der Spitze der Polizei die KPD-Presse und die KPD-Versammlungen verbieten, wenn die Nazis KPD-Abgeordnete ermorden. Die SPD-Presse hat auch hier das Stichwort gegeben: „Mordhetze der KPD-Presse!" Hat die Volkszeitung das etwa auch „vergessen"?

Wie wohl sich die Hakenkreuz-Journaille in dieser Republik fühlt, das zeigt der „Freiheitskampf", der sofort nach Aufhebung seines Verbots durch das höchste Gericht ausdrücklich die Billigung des Mordversuchs gegen den Hamburger Regierungsrat Caballero wörtlich wiederholt. Die neue, von der SPD-Presse begrüßte Aufhebung der Grundrechte der Verfassung, eine offensichtlich gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen gerichtete Sondergesetzgebung, wird nach einigen demagogischen Phrasen der „Ablehnung" durch die „nationale Opposition" faktisch dadurch entkräftet, daß die Nazis zum Schluß erklären, sie seien besonders deshalb „gegen" die Verordnung, weil sie die Gottlosenabende „nur" sprengt, nicht aber gleich die Organisationen verbietet. Und da haben sich Hitler und SPD-Schönfelder schon gefunden!

Verbindung Hindenburgs mit Nazis und Stahlhelm

Diktaturverordnung nicht gegen „nationale Front"

Berlin, den 31. März.

Ein Scheingefecht zwischen Hindenburg und der sogenannten „nationalen Opposition" hat den Schleier über das Zusammenspiel zwischen Hindenburg und den Rechtsverbänden weggezogen und damit auch klar gezeigt, gegen wen sich die Diktaturverordnung richtet. Dieses Zusammenspiel findet poesie keinen Ausdruck in einer Entschließung der „nationalen Opposition", angeblich gegen die Diktaturverordnung, mit der Scheinbegründung, das Stahlhelmvolksbegehren sei dadurch gefährdet. Hindenburg hat hierauf eine „Gegen"-Erklärung vom Stapel gelassen, die praktisch Propaganda für das preußische Stahlhelmvolksbegehren darstellt. Ausdrücklich wird erklärt:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen das Volksbegehren des Stahlhelms."

Dabei deckt Hindenburg selbst die Zusammenarbeit zwischen ihm und der Rechts-„Opposition" auf, indem er weiter erklärt:

„Der Reichspräsident, der übrigens ständig Vertreter der Rechtsopposition persönlich angehört hat und über ihre Auffassung unterrichtet ist, hat die Notverordnung in voller Kenntnis ihrer einzelnen Bestimmungen, ihrer Handhabung und ihrer Wirkung erlassen."

Diese Erklärung bestätigt unsere Auffassung, daß der Artikel-48-Ukas ein Signal für alle Mächte der Reaktion ist, daß sie durch ihre Vermittler sich verständigen und daß das Werk Hindenburgs ein Sondergesetz gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung ist.

Volkskongreß gegen den Faschismus in Hessen-Waldeck

Kassel, 31. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand ein von großer Kampfbegeisterung getragener Volkskongreß gegen den Faschismus statt, der einen tiefen Durchbruch in Hessen-Waldeck darstellt. Trotz kurzer Vorbereitung waren 219 Delegierte anwesend, außerdem einige Hundert Gäste. Von den Delegierten waren 8 Mitglieder der SPD, 87 sind parteilos und Mitglieder anderer Organisationen und 2 ehemalige Nationalsozialisten. Es sprachen in der Diskussion Vertreter der Arbeiter, Mittelständler und Angestellten, sowie Delegierte der Dörfer. Nach dem Kongreß fand eine gewaltige Demonstration der Delegierten des Kampfbundes gegen den Faschismus statt, die den großen Aufschwung des Kampfbundes zeigte.